

Pressemitteilung

DKG zum DKI-Krankenhaus-Barometer

Lage der Krankenhäuser so schlecht wie noch nie – Insolvenzen steuern 2024 auf Rekordhoch zu

Berlin, 27. Dezember 2023 – Fast 80 Prozent der Krankenhäuser in Deutschland erwarten für das Jahr 2023 ein negatives Jahresergebnis. Nur noch sieben Prozent der Kliniken werden einen Jahresüberschuss erzielen. Für das Jahr 2024 gehen 71 Prozent der Krankenhäuser von einer weiteren Verschlechterung und nur vier Prozent von einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation aus. Maßgebliche Gründe für die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage sind die deutlich gestiegenen Sach- und Personalkosten im Krankenhaus. Nahezu flächendeckend haben sie die Liquidität der Krankenhäuser stark beeinträchtigt. Das sind Ergebnisse des aktuellen Krankenhaus-Barometers des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI), einer jährlich durchgeführten Repräsentativbefragung der Allgemeinkrankenhäuser in Deutschland.

„Das sind die schlechtesten Werte seit Einführung des Krankenhaus-Barometers im Jahr 2000. Die Lage der Krankenhäuser in Deutschland ist dramatisch, und die Kliniklandschaft verändert sich in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit und Intensität. Der Anteil der Krankenhäuser mit einem negativen Jahresergebnis hat binnen Jahresfrist sehr stark zugenommen. Waren es im Jahr 2022 noch die Hälfte aller Krankenhäuser in Deutschland, die ein negatives Jahresergebnis erzielt haben, wird dieser Anteil 2023 auf über drei Viertel steigen. Das ist eine negative Dynamik, die es so in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben hat. Gleichzeitig verzeichnen wir aktuell deutlich mehr Insolvenzen als üblich, und das Jahr 2024 droht ein Rekord-Insolvenzjahr zu werden. Fast kein Krankenhaus kann seine Ausgaben mehr aus den laufenden Einnahmen decken. Ursache dafür ist neben der seit Jahrzehnten anhaltenden Unterfinanzierung der Kliniken bei der Investitionsförderung vor allem der weiterhin ausbleibende Inflationsausgleich. Kliniken dürfen ihre Preise

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

nicht eigenverantwortlich an die Inflation anpassen, haben aber dieselben erhöhten Ausgaben wie alle anderen Wirtschaftszweige. Diese Schieflage führt vermehrt zu Insolvenzen und Schließungen. Die Bundesregierung kann und muss jetzt gegensteuern. Ein dringender Schritt muss die inflationsgerechte Anpassung der Landesbasisfallwerte und Psychiatrieentgelte sein, damit Einnahmen und Ausgaben wieder ins Lot kommen. Zwar beinhaltet die geplante Krankenhausreform auch einige positive Elemente, sie beseitigt aber nicht die strukturellen Defizite. So könnte beispielsweise die Vorhaltefinanzierung bei entsprechend wirksamer Ausgestaltung grundsätzlich ein sinnvoller Schritt sein, sie ist aber in der aktuellen Konzeption des Bundesgesundheitsministeriums gerade keine Existenzgarantie für Krankenhäuser im ländlichen Raum. Es kommt kein zusätzliches Geld ins System, es handelt sich lediglich um eine Umverteilung. Auch von einer Überwindung des Fallpauschalensystems kann keine Rede sein. Und den Kliniken läuft die Zeit davon. Bis Ende dieses Jahres fehlen den Krankenhäusern 10 Milliarden Euro. Das kann und wird für immer mehr Krankenhäuser nicht mehr lange gut gehen. Wir haben die große Sorge, dass wegen der akuten Finanzierungskrise viele Krankenhäuser die geplante Reform Lauterbachs nicht mehr erleben werden. In diesem Jahr haben wir bisher schon fast 40 Insolvenzen registriert. Für das Jahr 2024 laufen wir Gefahr, dass sich diese Zahl wegen der absehbar starken Personalkostenentwicklung noch verdoppelt“, erklärt Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG).

Laut DKI-Umfrage schreiten Digitalisierung und Ambulantisierung im Krankenhaus weiter voran. Zuletzt haben sich über 90 Prozent an der bundesweiten Vergleichsmessung ihres digitalen Reifegrades beteiligt. Aktuell nutzen oder implementieren die Kliniken durchschnittlich fünf digitale Dienste, etwa die elektronische Leistungsdokumentation, ein digitales Medikationsmanagement oder Patientenportale, zum Beispiel für ein digitales Aufnahme- und Entlassmanagement. Der Engpass für eine noch schnellere Digitalisierung ist in den meisten Häusern die nur eingeschränkte Verfügbarkeit der notwendigen externen IT-Dienstleister.

Die Möglichkeiten des ambulanten Operierens im Krankenhaus werden derzeit deutlich erweitert. In 74 Prozent der Häuser wurden die Behandlungsprozesse zur Umsetzung der weiteren Ambulantisierung bereits umgestellt oder ist dies zeitnah geplant. Diese Entwicklung sehen die Krankenhäuser uneinheitlich. Auf der einen Seite passen viele Häuser ihre Strukturen, Prozesse und Personalorganisation aufwendig an diese

neue Herausforderung an. Auf der anderen Seite beurteilt die Mehrheit gerade der großen Kliniken (79 Prozent) die aktuellen politischen Bestrebungen zur konkreten Förderung der Ambulantisierung eher skeptisch.

Die Prüfungen des Medizinischen Dienstes verursachen seit vielen Jahren einen enormen Verwaltungsaufwand in den Krankenhäusern und binden nicht selten auch Personal aus dem Behandlungsbereich zur Darlegung der konkreten Behandlungssituation im geprüften Einzelfall. Im konkreten Ergebnis führen diese Prüfungen dann zu Erlösabzügen von durchschnittlich 2 Prozent der stationären Erlöse der Krankenhäuser. Diese Zahlen zeigen, dass die von den Krankenhäusern gestellten Rechnungen auch ohne weitere Prüfung zu nahezu 100 Prozent korrekt waren. Der im Zusammenhang mit den Prüfungen erforderliche bürokratische Aufwand ist dagegen gigantisch und steht in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Auffälligkeiten. Die bisherigen Versuche der Politik, diesen Prüfaufwand deutlich zu reduzieren und auf die seltenen relevanten Auffälligkeiten zu beschränken, sind gescheitert.

In den kommenden Jahren muss damit gerechnet werden, dass die Personalengpässe in der Pflege weiter anwachsen. Rund 90 Prozent der Krankenhäuser gehen in ihrer Prognose davon aus, dass sie aufgrund sinkender Bewerberzahlen für Ausbildungsplätze ihren Pflegepersonalbedarf nicht mehr decken können.

Die Ergebnisse des Krankenhaus-Barometers 2023 beruhen auf der schriftlichen Befragung einer repräsentativen Stichprobe von zugelassenen Allgemeinkrankenhäusern ab 100 Betten in Deutschland, die von Mitte April bis Ende Juni 2023 durchgeführt worden ist. Beteiligt haben sich insgesamt 388 Krankenhäuser.

Die Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts ist als Anlage beigelegt.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.887 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2020) und rund 21 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 127 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.